BUNDESLÄNDER

Ein Job, den keiner will

Es war nicht gerade ein Traumjob, den die Länderfinanzminister bei ihrem Treffen in der vergangenen Woche zu vergeben hatten: Gesucht wurde ein neuer Chef der Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Der bisherige Amtsinhaber, der niedersächsische Finanzminister Hartmut Möllring (CDU), will sich nach der Landtagswahl im Januar 2013 aus der Politik zurückziehen. „Niemand war scharf auf die Aufgabe“, sagt ein Teilnehmer der Sitzung. Die Anzahl der Bewerber war auch deshalb sehr übersichtlich, weil der Chefunterhändler der Länder oft nächtelang mit bockigen Gewerkschaftsfunktionären in tristen Hotels um Lohnsteigerungen im Öffentlichen Dienst feilschen muss. Am Ende traf es den SPD-Mann Jens Bullerjahn, Etatchef in Sachsen-Anhalt.

PARTEIEN

Arme Linke

Die Partei Die Linke hat erhebliche finanzielle Verluste durch säumige Beitragszahler und Mitgliederschwund. Laut einer internen Vorlage für den Vorstand haben zwischen Juni 2011 und Juni 2012 mehr als 4300 Genossen die Partei verlassen. Aktuell hat Die Linke noch rund 67 400 Mitglieder, das ist der niedrigste Stand seit Gründung der Partei im Jahr 2007. Gut 7600 Genossen werden zwar als Mitglied geführt, zahlen aber keine Beiträge mehr. Das ergibt nach Berechnungen des Schatzmeisters einen jährlichen Verlust von über einer halben Million Euro. Auffällig ist der Unterschied zwischen Ost und West: Die Mitglieder im Osten zahlen in der Regel nicht nur mehr, sonden auch zuverlässiger.

Parteitag der Linken in Erfurt 2011

CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

DANIEL OCHOA DE OLZA / AP

Proteste in Madrid gegen europäisches Krisenmanagement

EZB

Regeln für den Ausstieg

Die Europäische Zentralbank (EZB) rechnet damit, dass sich die Belastungen aus dem neuen, am vergangenen Donnerstag verkündeten Ankaufprogramm für Staatsanleihen in Grenzen halten. In einem internen Szenario kalkulieren Notenbanker die Kosten für den Rest des Jahres mit etwa 70 bis 100 Milliarden Euro, sollten die Zinsen für spanische und für italienische Anleihen tatsächlich erneut nach oben schießen. Dabei wird davon ausgegangen, dass die EZB rund 10 bis 14 Prozent der für das Programm in Frage kommenden Bonds ankauft, um die Zinsen für diese Länder zu stablisieren. Die EZB darf auch künftig nur Bonds mit einer Restlaufzeit von bis zu drei Jahren erwerben. Voraussetzung für ihr Eingreifen ist, dass die betroffenen Länder sich einem Hilfsprogramm der Rettungsschirme EFSF/ESM mit strengen Auflagen unterwerfen.

Die EU-Kommission hält es für wahrscheinlich, dass Spanien in den nächsten Wochen einen Antrag beim ESM stellt. Zwar sind die Zinsen für Staatsanleihen des Landes in der vergangenen Woche stark gefallen, weil die EZB ihre Bereitschaft zu Stützungskäufen erklärt hat. Doch die Zinsen für spanische Zehnjahresanleihen liegen immer noch bei knapp sechs Prozent. „Wir halten einen Rettungsantrag der Spanier für konsequent“, sagt ein Mitglied der EU-Kommission. Beim ESM könnten die Spanier billiger an Geld kommen, müssten allerdings auch Kontrollen durch die Troika von EU, EZB und Internationalem Währungsfonds (IWF) über sich ergehen lassen. Die Bedingungen für die Hilfen sollen nicht ganz so hart sein wie im Falle Griechenlands, weil die spanische Verwaltung als deutlich leistungsfähiger eingeschätzt wird.

„Der unbegrenzte Aufkauf von Staatsanleihen ist nichts anderes als die Finanzierung von Schuldenstaaten durch die Notenbank.“

Peter Ramsauer, Bundesverkehrsminister (CSU), zu der entsprechenden Ankündigung von EZB-Chef Mario Draghi.

Die meisten EZB-Gouverneure verlangen auch mit Blick auf neue Anleihekäufe, dass der IWF auch künftig bei einem solchen Programm mitmache. IWF-Chefin Christine Lagarde hat bereits Zustimmung signalisiert. Der EZB-Rat arbeitet zudem an klaren Regeln für einen Ausstieg aus den Anleihekäufen, sobald ein Land die Auflagen nicht erfüllt.